

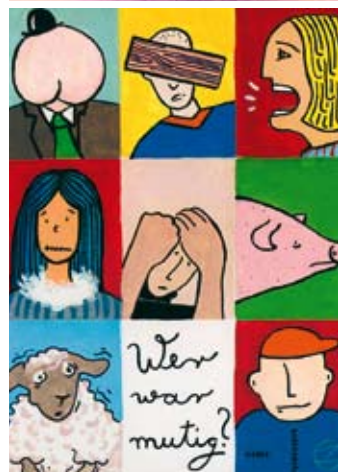


AUFSTEHEN!



Gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit:

Das Bündnis der Vernunft stellt sich vor.



Band für Mut und Verständigung



Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit.

Hoyerswerda im September 1991: Neonazis attackieren das Vertragsarbeiterwohnheim und später auch das Asylbewerberwohnheim mit Molotowcocktails, brennenden Benzinflaschen und Stahlkugeln – unter dem Beifall der Anwohner, die geschlossen hinter den rechten Schlägertrupp stehen. Eine Woche lang hält der erste rassistische Pogrom der Nachkriegszeit an, mit Übergriffen auf Ausländer und deren Wohnungen, die weder die Polizei noch die Politik verhindern kann oder will. Letzter Ausweg: Die 220 Heimbewohner werden evakuiert, von den über 100 Neonazis gerade einmal drei inhaftiert. Und Hoyerswerda ist nur der Anfang: Auch in Rostock, Mölln und Solingen kommt es zu rassistischen Übergriffen auf Ausländer.

Berlin und Brandenburg gemeinsam gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda ergreift der DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die Initiative und gründet gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften in Berlin und Brandenburg das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“. Am 16. Oktober 1991 tritt das Bündnis mit einer Pressekonferenz im Berliner Rathaus in die Öffentlichkeit und ruft „zur Wiederherstellung des inneren Friedens und zur Wahrung der Würde aller Menschen“ auf. Seitdem wirbt das Bündnis durch verschiedene Aktivitäten für mehr Toleranz in der Gesellschaft:

- 13. Februar 1992: Das Bündnis stellt auf einer Pressekonferenz im Landtag von Brandenburg die Plakate „Gewalt? Halt!“ und „Mehr Mut wäre gut“ vor, die in Berlin und Brandenburg eine weite Verbreitung finden. Eine Kampagne, die durch selbst entwickelte Fernseh- und Radiospots ergänzt wird.
- 1992: Das Bündnis veranstaltet ein multikulturelles Straßenfest in Potsdam.
- 16. September 1992: Das Bündnis initiiert in Berlin anlässlich der Ausschreitungen in Rostock, der Anschläge im Land Brandenburg und auf das jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten einen Schweigemarsch.
- 8. November 1992: Das Bündnis ruft zur Teilnahme an der Großkundgebung in Berlin (Lustgarten) auf und unterstützt die Kampagne zur erleichterten Einbürgerung.
- Bundestagswahl 1994: Das Bündnis ruft in Zeitungsanzeigen dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und keine Partei zu wählen, die mit Fremdenfeindlichkeit auf Stimmenfang geht.
- 1995/1996: Das Bündnis wirbt mit Plakaten und Aufklebern in den öffentlichen Verkehrsmitteln gegen Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage.
- 1997: Die Aktion „So funktioniert Zivilcourage“ wird mit Faltblättern fortgesetzt.



Das Band für Mut und Verständigung.

Seit 1993 wird es jedes Jahr verliehen: das Band für Mut und Verständigung. Mit diesem Preis zeichnet das Bündnis Bürgerinnen und Bürger aus, die sich couragiert gegen Fremdenfeindlichkeit gewendet haben oder sich für die Verständigung unterschiedlicher Kulturen einsetzen.

Zu den Preisträgern zählen sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen, Netzwerke, AGs, Foren oder Gruppen. Eine kleine Auswahl aus den letzten Jahren:

- 2004: Horst Martin setzt sich in einer vollbesetzten Straßenbahn dafür ein, dass Menschen dunkler Hautfarbe nicht beleidigt und angegriffen werden – und wird dafür selbst zusammengeschlagen.
- 2005: Nicole Lüdeking und Jana Böttner greifen ein, als zwei Männer zwei Kenianer attackieren und einen von ihnen mit einer Glasscherbe am Hals schwer verletzen.
- 2006: Steve Kenner, Schüler der 13. Jahrgangsstufe am Gymnasium Werder, initiiert als Schülersprecher den „Aktionstag gegen rechte Gewalt“.
- 2006: Der Ludwigsfelder Frauenstammtisch e.V. vernetzt seit 1991 soziale Projekte und integriert ganz selbstverständlich MigrantInnen und AussiedlerInnen in seine umfangreiche Frauenarbeit.
- 2007: Die Brigade 1240, ein Zusammenschluss junger Menschen aus Fürstenwalde, engagiert sich seit 2003 gegen die Verarmung der alternativen Jugendkultur und stellt sich rechten Strömungen entgegen.
- 2008: Margit Puls aus Perleberg ist seit 1994 als Sozialpädagogin im Jugend- und Migrationsdienst tätig und hilft jungen MigrantInnen, weit über ihre berufliche Tätigkeit hinaus, in Deutschland anzukommen, ihr Leben zu planen und zu organisieren.

Von der Nominierung bis zur Preisvergabe.

Seit 15 Jahren können die Bürgerinnen und Bürger, die für den Preis in Frage kommen, per Postkarte bzw. online (seit 2009 nur noch online) nominiert werden. Die Jury, die sich aus Vertretern der Bündnismitglieder zusammensetzt, prüft die Vorschläge und ermittelt schließlich die Preisträger. Insgesamt werden Preise in drei Kategorien verliehen: zum einen für Mut, zum anderen für Verständigung und, last but not least, der Sonderpreis für jüngere Menschen, die sich im Bereich der interkulturellen Arbeit und der sozialen Verständigung verdient gemacht haben. Die Preisträger erhalten das Band für Mut und Verständigung bzw. ihre Ehrenurkunde im jährlichen Wechsel aus der Hand des Regierenden Bürgermeisters von Berlin im Roten Rathaus bzw. des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg in der Staatskanzlei Potsdam.

Die Mitglieder des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit:



Der Ministerpräsident des Landes
Brandenburg



Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz



Der Regierende Bürgermeister
von Berlin



Katholische Kirche in Berlin,
Brandenburg und
Vorpommern



Die Integrationsbeauftragte
des Landes Brandenburg



Jüdische Gemeinde
zu Berlin



Der Beauftragte des Senats
von Berlin für Integration
und Migration



Deutsches Rotes Kreuz
Landesverbände Berlin
und Brandenburg



DGB Bezirk
Berlin-Brandenburg



Flüchtlingsrat
Berlin



Arbeiterwohlfahrt Landesverbände
Berlin und Brandenburg



Landessportbund
Berlin e.V.



Caritasverband für das
Erzbistum Berlin



Koordinierungsstelle
„Tolerantes Brandenburg“



Diakonisches Werk
Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz



Türkischer Bund
in Berlin-Brandenburg



Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband



Türkischer Elternverein

Arbeitsgemeinschaft
der Vertretungen
politisch, rassistisch und
religiös Verfolgter